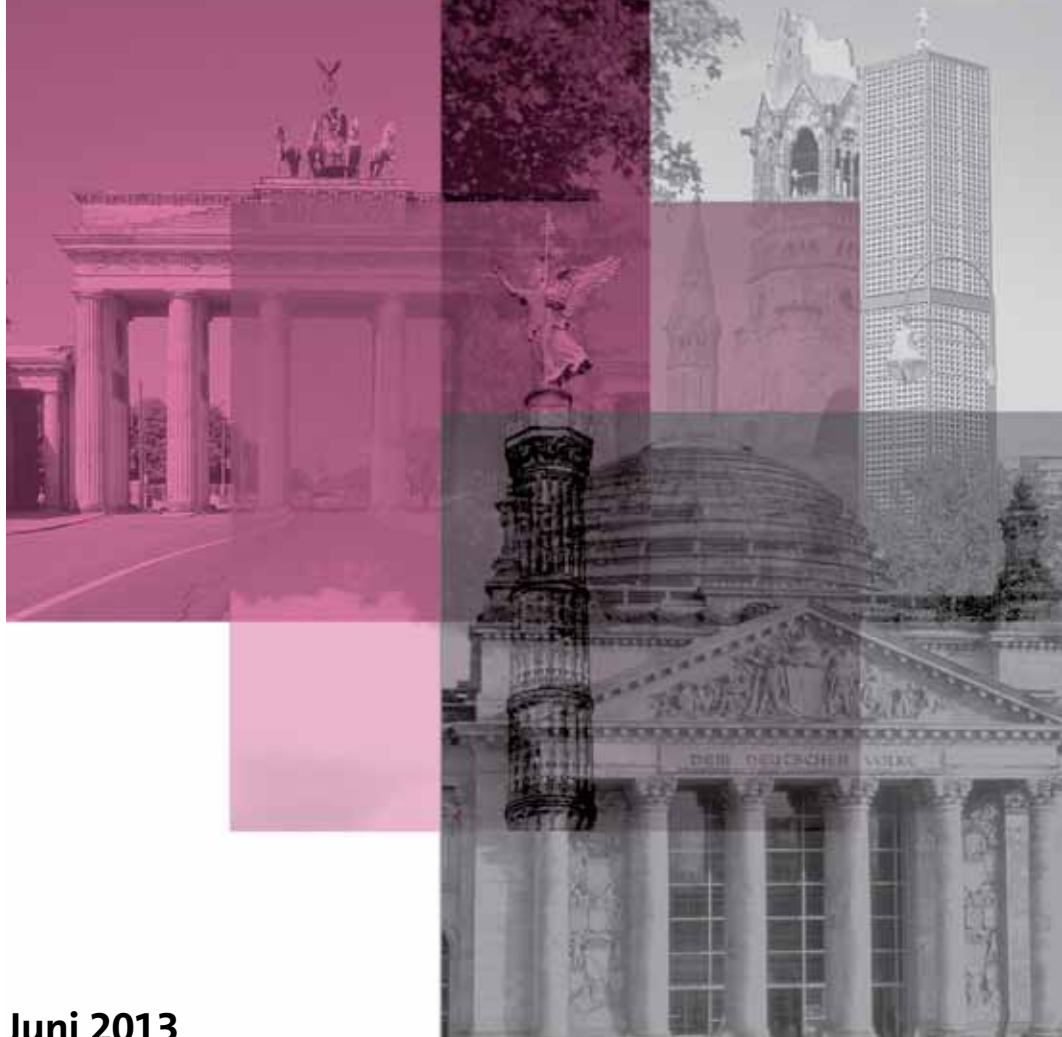




dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin



Juni 2013

22. Landesgewerkschaftstag des dbb berlin stellt Weichen für die nächsten fünf Jahre



Ferdinand Horbat (Philologenverband Berlin/Brandenburg), Frank Becker (gkl berlin), Monika Opitz (VBOB), Bodo Pfalzgraf (DPolG im dbb berlin) und Bernd Raue (DSTG Berlin) (von links).

22. Landesgewerkschaftstag

dbb berlin stellt gewerkschaftspolitische Weichen für die nächsten fünf Jahre

Der 22. Landesgewerkschaftstag hat die Weichen für die Arbeit des dbb beamtenbund und tarifunion berlin in den nächsten fünf Jahre neu gestellt.



In der öffentlichen Veranstaltung, die der Landesvorsitzende **Joachim Jetschmann** eröffnete, nutzten der Senat und fast alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses die Möglichkeit, zu den Delegierten des Gewerkschaftstages zu sprechen. Der Staatssekretär für Inneres und Sport, **Bernd Krömer**, überbrachte die Grüße des Senats und sprach zum aktuellen Stand der Haushaltsberatungen. Hierbei konnte er allerdings keine konkreten Pläne des Senats zu einer Angleichung der Beamtenbesoldung an die in den anderen Bundesländern verkünden.



Im Anschluss nutzte der Bundesvorsitzende des dbb, **Klaus Dauderstädt**, die Gelegenheit, dem Senat etwas ins Stammbuch zu schreiben: „Man kann das drehen, wie man will, der Besoldungsabstand zwischen Berlin und Bund oder Bayern ist inzwischen deutlich zweistellig.“ Die Beschäftigten erwarteten zu Recht „eine halbwegs phasengleiche Anpassung ihrer Bezahlung. Und dabei setzt der Tariftisch den Takt“, sagte Dauderstädt mit Blick auf den Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom März dieses Jahres.

Entscheidend sei, so der dbb Bundesvorsitzende weiter, „dass der Berliner Senat nicht länger ausweicht, sondern sich seiner Verantwortung bewusst ist, trotz des noch für den 1. August 2013 sicheren Steigerungsgrades der Besoldung um zwei Prozent die weitere Entwicklung in der Parallele zu anderen Ländern und dem eigenen Tarifiergebnis jedenfalls bis Ende 2014 zu klären“. Nicht minder wichtig wäre ein Programm, das den Beamten im Lande eine saubere Perspektive auf weitere Anpassungsschritte auf das Niveau der anderen öffentlichen Hände präsentiert, denn in dieser Zeitspanne wird ja auch das Gehaltsniveau der Tarifbeschäftigten im Stufenplan angeglichen. Seite an Seite mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen appelliere der dbb Bund an die Verantwortlichen in Berlin, bald Entscheidungen zu treffen: „Zeigen Sie uns, dass Berlin eine flotte Metropole ist. Auch die beste Currywurst schmeckt nicht mehr, wenn man sie verbrutzeln lässt.“



Udo Wolf von der Fraktion Die Linke nahm u. a. wie folgt Stellung: „Wir haben einen Antrag ins Parlament eingebracht, der den Senat auffordert, ein Konzept zu erarbeiten und vorzulegen, dass die Angleichung der Beamtenbesoldung bis 2017 sichergestellt. Nach unserer Schätzung bedeutet das jährlich mindestens 3,5 Prozent und das wäre eine Summe von ca. 70 Millionen pro Jahr zusätzlich. Es ist die Aufgabe des Senats, das zu rechnen und abzusichern.“

Und nicht die ‚Kompensation von Kosten‘ sei das Problem, sondern die verlässlich personell und finanziell ausgestattete Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes dieser Stadt, darunter seiner mehr

als 65.000 Beamtinnen und Beamten in den Haupt- und Bezirksverwaltungen.

Nicht behördeninterne ‚Personalbedarfskonzepte‘ braucht es – und selbst die bekomme der Senat tatsächlich seit Monaten nicht auf die Reihe –, sondern eine Personalentwicklung, die die Probleme der wachsenden Stadt in den Blick nimmt und die Personalplanung vom Kopf auf die Füße stellt.“



Ramona Pop, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, dankte in ihrer Rede den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für die täglich verlässliche Arbeit, die geleistet wird und entsprechende Anerkennung verdient. Sie ging in diesem Zusammenhang auch auf die schmerzhaften Einschnitte für den öffentlichen Dienst in Berlin ein, die bitter waren. Für ihre Fraktion sei klar, dass die in der Zeit der Haushaltsnotlage abgesenkten Gehälter mit einer klaren zeitlichen Perspektive wieder an das bundesweit übliche Niveau herangeführt werden müssen.



Andreas Kugler von der SPD-Fraktion überbrachte die Grüße seiner Fraktion und ging kurz auf das Thema des Landesgewerkschaftstages ein. Konkrete Vorschläge der SPD für eine Besoldungsanpassung konnte er den Delegierten nicht verkünden. In diesem Zusammenhang verwies er auf die CDU-Fraktion, die hier schon einen Schritt weiter sei.

Sven Rissmann, CDU-Fraktion, nahm in seiner Rede zu den am 14. Mai 2013 beschlossenen Grundlagen für ein Personalkonzept 2020 Stellung. Zur Angleichung an das Besoldungsniveau des Durchschnitts anderer Bundesländer soll die Besoldung der Beam-



ten jährlich ab 2014 um die jeweilige Erhöhung der TdL-Tarifabschlüsse plus 0,5 Prozent, mindestens jedoch um zwei Prozent, pro Jahr angehoben werden. Dies würde für 2014 eine Erhöhung der Besoldung um 3,45 Prozent bedeuten.



Willi Russ, Tarifvorstand des dbb und 1. stellvertretender Bundesvorsitzender, informierte die Delegierten ausführlich über die Rückkehr des Landes Berlin in die TdL und deren Folgen. Er referierte ferner über die tarifpolitische Lage der Lehrerinnen und Lehrer im Land Berlin.

Neuwahl mit klarem Ergebnis

Im Mittelpunkt des Landesgewerkschaftstages standen die Neuwahlen der Landesleitung. Für das Amt des Landesvorsitzenden wurde Joachim Jetschmann von Thomas Goiny (Bund der Strafvollzugsbediensteten Berlin) vorgeschlagen. Joachim Jetschmann leitete seit 1996 als Vorsitzender die Geschicke des dbb berlin. Frank Becker wurde vorgeschlagen von Detlef Dames (Deutsche Steuergewerkschaft Berlin). Frank Becker war seit 1996 als stellvertretender Landesvorsitzender für den dbb berlin tätig. In der geheimen Abstimmung entfielen auf Frank Becker 58 und auf Joachim Jetschmann 22 Stimmen. Nachdem Frank Becker satzungsgemäß seinen Rücktritt als Landesvorsitzender der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin erklärte, nahm der die Wahl an und bedankte sich bei den Delegierten für das ausgesprochene Vertrauen.

In einem ersten Statement erklärte Frank Becker: „Mir ist eine persönliche Kommunikation gewerkschaftsintern, aber auch mit Politik und Verwaltung sehr wichtig. Ich muss nicht mit allen gut Freund sein,



dbb Bundesvorsitzender Klaus Daurer im Gespräch mit dem Staatssekretär für Inneres und Sport Berlin, Bernd Krömer, und Frank Becker (von links).



Brigitte Dietrich und Andrea Rutz-Lorenz kandidieren nicht erneut und werden durch Joachim Jetschmann mit der goldenen Ehrennadel ausgezeichnet.



stehe aber für einen vertrauensvollen und ehrlichen Umgang miteinander, der von gegenseitigem Respekt geprägt ist, auch wenn man mal nicht einer Meinung ist. Inhaltlich werde ich für die zwingend notwendige Besoldungsanpassung der Berliner Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger an das Niveau der anderen Bundesländer kämpfen. Besoldungsperspektive ist hier das Zauberwort.“

Zu den am 14. Mai 2013 von der CDU-Fraktion vorgelegten Grundlagen für ein Personalkonzept 2020 für den öffentlichen Dienst Berlin sagte Becker: „Das Papier enthält interessante Ansätze. Der dbb berlin wird es auswerten, in den Gremien beraten und hierzu anschließend Stellung nehmen. Ich erwarte allerdings, dass nunmehr auch die SPD – als weitere Regierungspartei – endlich mit einem Personalkonzept für den öffentlichen Dienst aufwartet, das dann von uns ebenfalls diskutiert werden kann.“

Als stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin wurden gewählt:

- > Ferdinand Horbat (Philologenverband)
- > Monika Opitz (Verband der oberen und obersten Bundesbehörden)
- > Bodo Pfalzgraf (Deutsche Polizeigewerkschaft)
- > Bernd Raue (Deutsche Steuergewerkschaft Berlin)

Im weiteren Verlauf des Gewerkschaftstages verabschiedeten die Delegierten eine von der Deutschen Polizeigewerkschaft eingebrachte Entschlie-ßung,

die die Stärkung eines Sicherheitskonzeptes des öffentlichen Dienstes zum Inhalt hat. Darüber hinaus beschlossen die Delegierten zahlreiche Anträge der Fachgewerkschaften (u. a. zur Besoldungsangleichung, zum Gesundheitsmanagement, zum Personalvertretungsrecht, zur Einführung einer Pensionsauskunft beim Landesverwaltungsamt, zur Telearbeit usw.).

Die beschlossenen Anträge werden wir in Kürze im Wortlaut auf der Homepage des dbb beamtenbund und tarifunion berlin veröffentlichen: (www.dbb-berlin.de).

Gute Tradition ist es, im Rahmen des Landesgewerkschaftstages Mitglieder zu ehren, die sich um den dbb berlin besonders verdient gemacht haben.

Die Ehrennadel in Gold haben erhalten:

Evelyne Borchert, Eberhard Hempel, Cornelia Stemmler und Heike Schwarz-Weineck von der gkl berlin; Gerd Naß und Rolf Taßler von der DPoIG; Brigitte Dietrich und Helge Dietrich vom VBE sowie Andrea Rutz-Lorenz von der GdS.

Die Ehrennadel in Silber haben erhalten:

Doris Geiger, Reinhard Knieriemen, Irmgard Königstorfer, Bernhard Lange, Isolde Riedl und Petra Woosmann von der gkl berlin sowie Manfred Diesener, Hans Semrow, Erich Altmann und Harry Groenig von der DPoIG.

Wir gratulieren auch auf diesem Wege allen Geehrten und danken für die Arbeit innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion.

Weitere Impressionen vom Landesgewerkschaftstag des dbb berlin



Alles Gute, Joachim!

Ein Fotorückblick

Der dbb berlin dankt an dieser Stelle dem bisherigen Landesvorsitzenden Joachim Jetschmann, der dieses Amt seit 1996 ausgeübt hat, ganz besonders für seine Arbeit im Sinne der Mitglieder des dbb und der Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes in Berlin. Der lang andauernde Applaus auf dem Gewerkschaftstag hat es gezeigt. Alle Delegierten zollten Joachim Jetschmann für seine außergewöhnliche Arbeit Respekt und Anerkennung.



Unter dem Dach des dbb berlin

Der dbb berlin wird in dieser und den nächsten Ausgaben seinen Fachgewerkschaften und Verbänden die Möglichkeit bieten, sich selbst vorzustellen. Wir möchten hiermit die Vielfalt unseres Spitzenverbandes in Berlin darstellen und die Nähe zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin aufzeigen.

Der Deutsche Philologenverband, Landesverband Berlin/Brandenburg e. V. (PhV B/B)

... organisiert seit 140 Jahren vorwiegend Lehrer und Lehrerinnen an Gymnasien, Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und allen anderen zum Abitur führenden Bildungseinrichtungen in den Bundesländern Berlin und Brandenburg.

Zweck des Verbandes ist die Mitarbeit an der Entwicklung des Bildungswesens in den beiden Ländern auf der Grundlage einer sachgerechten Bildungspolitik. Er setzt sich für eine leistungsverpflichtete Schule ein, die eine wissenschaftlich fundierte Grundorientierung vermittelt, Verständnis für ein soziales Verhalten in einer pluralistischen Gesellschaft weckt und die dem Grundgesetz des Bundesrepublik Deutschland sowie der Verfassung von Berlin bzw. der Verfassung des Landes Brandenburg verpflichtet ist.

Daneben versteht sich der Verband als gewerkschaftliche Vertretung seiner Mitglieder gegenüber den Dienstbehörden. Er hat sich in den vergangenen Jahren sowohl in Brandenburg als auch in Berlin in vielen dienstrechtlichen Fragen mit Erfolg für die Belange seiner Mitglieder eingesetzt.



Kontakt:

Dominicusstraße 3
10827 Berlin
Tel.: 03083.41460
Fax: 03084.409952

Internet: www.phvbb.de
E-Mail: phvbb@t-online.de

Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands, Landesverband Berlin/Brandenburg (KEG)



Der Verband für alle christlichen Pädagogen

Wir sind ...

ein unabhängiger Berufsverband mit christlicher Grundüberzeugung und

Mitgliedsverband im dbb beamtenbund und tarifunion berlin

- > für Pädagoginnen und Pädagogen im Erzieher- und Lehrberuf,
- > für Studierende, Praktikanten und Lehramtsanwärter,
- > von der Kindertagesstätte bis zur Universität.

Wir bieten Ihnen ...

- > unsere Verbandszeitschrift „Christ und Bildung“ mit bundesweiten Informationen und den Fachbeilagen „Sozialpädagogisches Forum“ und „paed“ für Ihre speziellen Themen und Anliegen.

- > Fortbildungen zu fachlichen, berufspolitischen, religiösen und persönlichkeitsbildenden Themen;
- > KEG-Arbeitskreise zum Meinungsaustausch, zur Meinungsbildung und Beratung.

Darüber hinaus bieten wir

- > Rechtsberatung und Rechtsschutz in dienstlichen Angelegenheiten
- > Dienst-, Amts- und Privathaftpflichtversicherung,
- > Dienstschlüsselversicherung,
- > kulturelle und gesellige Veranstaltungen.

WIR SIND AUF DER SEITE DER KINDER –
ZIEHEN SIE MIT!

Kontakt:

Tel.: 03097.56429

Internet: www.keg-berlin-brandenburg.de
E-Mail: info@keg-berlin-brandenburg.de

Unter dem Dach des dbb berlin

20 Jahre Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft Berlin-Brandenburg e. V. (DVG-BB)

Seit 1992 versteht sich die DVG-BB als konstruktive Reformpartnerin von Politik, Verwaltung und Gesellschaft und als tatkräftige Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Wir sind Verwaltungspraktiker/-innen und unsere Ziele gründen auf den Erfahrungen, die wir täglich auf allen Verwaltungsebenen und in den unterschiedlichsten Dienststellen sammeln. Wir wollen vor allem:

- > eine leistungsstarke und menschliche Verwaltung;
- > engagierte Beschäftigte und ein leistungsorientiertes Dienstrecht;
- > den Erhalt von Tarifautonomie und Flächentarifvertrag;
- > einen modernen Föderalismus statt egoistischer Kleinstaaterei;
- > eine leistungsbezogene Bezahlung und
- > sachgerechte berufliche Rahmenbedingungen.

Durch die Föderalismusreform regeln die Bundesländer das Beamtenrecht weitgehend selbst. Also werden die Gesetze im Besoldungs- und Versorgungssowie Laufbahnrecht für uns nun im Brandenburger Landtag und im Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossen. Hier sind wir vor Ort und setzen uns fachlich kompetent und ohne parteipolitische Rücksichtnahme für die Belange unserer Mitglieder ein. Das heißt für uns beispielsweise, dass unsere Mitglieder an der Gesamtentwicklung der Einkommensverhältnisse Teil haben müssen. Und für die Versorgungsempfänger müssen wirksame und systemgerechte Verbesserungen her. Eine familiengerechte Einkommensgestaltung ist ein weiteres vordringliches Ziel unserer Besoldungs- und Versorgungspolitik.

Seit der Aufnahme der Mitglieder des ehemaligen BTB Berlin-Brandenburg im Januar 2011 vertreten wir die Interessen aller Beschäftigten in allen Fachbereichen und Laufbahngruppen des öffentlichen technisch-naturwissenschaftlichen Dienstes sowie der Beamtenanwärter, Auszubildenden, Versorgungsempfänger und Rentner aus diesen Bereichen.



Eine wesentliche Serviceleistung besteht in der Rechtsberatung und dem Rechtsschutz für unsere Mitglieder in allen Angelegenheiten, die mit dem Dienstverhältnis im Zusammenhang stehen. Dieser berufliche Rechtsschutz solidarischer Art ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Darüber hinaus ist es durch Kooperation mit den anderen DVG-Landesverbänden der neuen Bundesländer gelungen, ein attraktives Versicherungspaket mit der DBV zu schnüren. Dies enthält eine Freizeit-Unfallversicherung und eine Dienst-Haftpflichtversicherung inkl. einer Kfz-Regresshaftpflichtversicherung und einer Versicherung für den Verlust von Schlüsseln für Dienstgebäude – ebenfalls im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Geschäftsführender Vorstand

Landesvorsitzende: Marietta Werkes

Stellv. Landesvorsitzende: Kathrin Schiersner

Schatzmeisterin: Veronika Hilker

Beisitzer: Artur Luhr, Klaus-Dietrich Schmitt

Kontakt:

Behlertstr. 28a,

14469 Potsdam

Telefon: 033203.78563

Telefax: 032221.584271

Internet: <http://www.dvg-bb.de>

Intranet: <http://intern.dvg-bb.de>

E-Mail: vorstand@dvg-bb.de

22. Landesgewerkschaftstag verabschiedet Resolution

Sicherheitskompetenz des öffentlichen Dienstes stärken

Nachstehende EntschlieÙung zur Erhöhung der Sicherheitskompetenz als Querschnittsaufgabe des öffentlichen Dienstes haben die Delegierten des 22. Landesgewerkschaftstages auf Vorschlag der DPoIG Berlin am 15. Mai 2013 einstimmig beschlossen.

Die Gremien des dbb berlin werden sich mit der Umsetzung dieser EntschlieÙung befassen und regelmäßig über den Stand der Angelegenheit berichten.

In den wenigsten Verwaltungen findet sich mit Ausnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsbeauftragten, die sich um Arbeitsschutzaspekte kümmern, sicherheitsspezifische Kompetenz hinsichtlich der Eigenschutzmaßnahmen von Mitarbeitern bei Bedrohungen, Angriffen und sonstigen Konfliktsituationen. Auch Konzepte zu Handlungsoptionen in kritischen Situationen oder der Arbeitsplatzgestaltung unter Eigensicherungsaspekten bzw. der Gebäudesicherung fehlen weitgehend:

1. Der dbb berlin unterstützt daher Leitlinien und Maßnahmen, die zu einer Förderung der Sicherheitskompetenz der Mitarbeiter in den Hauptver-

waltungen, den Bezirken, den Sonderbehörden, den nicht rechtsfähigen Anstalten, den Eigenbetrieben, den Eigengesellschaften, den Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, an denen das Land Berlin überwiegend beteiligt ist, beitragen.

2. Der dbb berlin spricht sich für bedarfsgerechte, sicherheitsspezifische Fortbildungsmaßnahmen aus, die allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes regelmäßig offenstehen müssen.
3. Der dbb berlin unterstützt Personal- und Fortbildungskonzepte, die gute Konfliktlösungskompetenz und qualitative Eigensicherungsmaßnahmen fördern.



4. In Führungspositionen auf Landesebene und in den Bezirken, insbesondere auf der mittleren Führungsebene, aber auch in nachgeordneten Funktionen speziell in vollzugsnahen Bereichen, ist die Sicherheitskompetenz zu niedrig. Der dbb berlin setzt sich dafür ein, dass Grundkenntnisse für Führungsaufgaben als Pflichtvoraussetzung besonders zu gewichten sind.
5. Die bislang im öffentlichen Auftrag an private Sicherheitsunternehmen vergebenen Dienstleistungen dürfen zukünftig nicht nur unter Kostenaspekten betrachtet und ausgeschrieben werden, sondern müssen auch besondere Anforderungen hinsichtlich der Qualität der Leistung, der Tariftreue, der Qualifikation der Unternehmen und des eingesetzten Personals genügen. Nach fester Überzeugung des dbb berlin darf der Staat als Auftraggeber weder direkt noch indirekt prekäre Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit fördern.
6. Um die Sicherheitskompetenz effektiv zu stärken, sollte früh und allgemein, also bereits in der beruflichen Ausbildung, angesetzt werden. Nach Dafürhalten des dbb berlin soll die Sicherheitskompetenz in Verwaltung und Politik stärker thematisiert werden. Entsprechende Fort- und Ausbildungskonzepte sind erforderlich, qualifizierende Studiengänge an der HWR und der VAK sind vorzusehen. In Verwaltungsbereichen, die thematisch mit Sicherheitsaufgaben befasst sind, sollen zukünftig nur noch Beamte mit einschlägiger Ausbildung eingesetzt werden.
7. Die personalverantwortlichen Stellen müssen sich nach Auffassung des dbb berlin durch angemessene Ausstattung in den Stellenplänen um die Gewinnung geeigneter und qualifizierter Mitarbeiter kümmern. Einschlägige vorhandene oder erworbene Erfahrung muss bei entsprechender Verwendung laufbahnförderlich wirken. Auf bereits im öffentlichen Dienst vorhandenes ausgebildetes Personal, das ggf. wegen gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr vollzugsdiensttauglich ist, sollte zurückgegriffen werden.
8. Der dbb berlin befürwortet außerdem die Entwicklung von Konzepten für bauliche und technische Maßnahmen an Gebäuden und Arbeitsplätzen zur vereinfachten Orientierung in Krisensituationen und zur Erhöhung der Sicherheit zum Schutz vor Kriminalität.



Bündnis für Lehrer im dbb berlin

Unsere Antwort auf den Maßnahmenkatalog der Senatsbildungsverwaltung für Berliner Lehrkräfte



Die unzumutbare Arbeitsbelastung angesichts der immer neuen und zusätzlichen Aufgaben und Veränderungen zeigt sich u. a. an einem hohen Anteil dauererkrankter Lehrkräfte. Dennoch wird die Arbeitszeiterhöhung der Lehrkräfte nicht zurückgenommen, sondern mit den Maßnahmen (s. Presseerklärung der Bildungssenatorin Sandra Scheeres und des Finanzsenators Ulrich Nußbaum vom 22. April 2013) festgeschrieben. Während bei den Mitarbeitern in der Berliner Verwaltung schon 2002 die Arbeitszeitverlängerung wieder zurückgenommen wurde, wird die Benachteiligung der Lehrkräfte festgeschrieben. Die Tarifierhöhungen im Rahmen des Tarifvertrages der Gewerkschaften mit der Tarifge-

meinschaft der deutschen Länder (TdL) stehen in keinem Zusammenhang mit den Bemühungen der Senatsbildungsverwaltung, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, zumal auch alle anderen angestellten Beschäftigten des Landes Berlin die Erhöhungen erhalten.

Der Abbau der Lebensarbeitszeitkonten verursacht seit Jahren in der alltäglichen Organisation der Schulen immer wieder erhebliche Probleme. Die flexible Gestaltung z. B. durch Reduzierung der Pflichtstunden in der letzten Phase der beruflichen Tätigkeit liegt im Interesse der Schulverwaltung und kommt ggf. auch den Wünschen der älteren Kollegen entge-

gen. Junge Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig eingestellt werden, erhalten keinen Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung mehr.

Eine Wiedereinführung einer Altersermäßigung ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Wiedereinführung der Altersermäßigung nach dem vorgeschlagenen Verfahren geht zulasten (Streichung des Arbeitszeitkontos als Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung) der jüngeren Lehrkräfte und kann kaum als Attraktivitätssteigerung für jüngere Lehrkräfte verstanden werden. Der Umfang der Altersermäßigung (Eintritt der Altersermäßigung in dem folgenden Schuljahr nach Vollenendung des 58. bzw. 61. Lebensjahres) gleicht die Arbeitszeitverlängerung im Verhältnis zur Lebensarbeitszeit nur zu einem verschwindend geringen Anteil aus.

Die von vielen Kolleginnen und Kollegen gewünschte Altersteilzeit wird nicht wieder eingeführt.

Gleichbehandlung angemahnt

Die Forderung der jungen angestellten Kolleginnen und Kollegen auf Gleichbehandlung wird durch die Lehrerverbände des dbb uneingeschränkt unterstützt. Diese wäre durch die Verbeamtung leicht und kostengünstig zu realisieren. Die Beschäftigung der Lehrkräfte als Angestellte einschließlich der Zulagen kostet das Land Berlin zusätzlich einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr.

Auch die Gleichbehandlung der Berliner Lehrkräfte im Auslandsschuldienst wäre durch die Verbeamtung gesichert.

Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst liegt vorrangig im Interesse des Landes Berlin, weil in bestimmten Fächern (z. B. Physik) eine nicht ausreichende Anzahl von Bewerbern für die Besetzung von Stellen zur Verfügung steht. Es wird versucht, durch den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst den Bedarf in den Mangelfächern abzudecken. Dies zeigt sich in der Durchführung. Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst wird nur in den Mangelfächern angeboten. Auch die Zusicherung des sicheren Arbeitsplatzes liegt im Interesse des Landes Berlin, um die jungen Lehrkräfte in Berlin zu halten. Lehrkräfte mit einer Ausbildung in den Mangelfächern dürften in absehbarer Zeit insbesondere in anderen Bundesländern deutlich bessere Arbeits- und Anstellungsbedingungen antreffen als im Land Berlin (z. B. Verbeamtung).

Die angekündigte Verbesserung der Begleitung und Beratung der Berufseinsteiger ist in der Durchführung nicht zu erkennen. In dem neuen Entwurf zu den Zumessungsrichtlinien 2013/2014 sind signifikante Kürzungen bei Aus-, Fort- und Weiterbildung verzeichnet. Auch den Schulen werden keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Die Erhöhung des Kontingen-

tes für den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst in dem neuen Entwurf der Zumessungsrichtlinien ist der erweiterten und bedarfsdeckenden Einstellung geschuldet.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die Lehrkräfte die Möglichkeit haben, an zumindest zwei frei zu wählenden Tagen aus persönlichen Gründen eine Freistellung („Böbertage“) erhalten zu können. Diese Flexibilisierung bedeutet für die anderen Kolleginnen und Kollegen der jeweiligen Schule jedoch Mehrarbeit durch zusätzliche Vertretungsstunden und kann daher nicht als Ausgleich betrachtet werden.

Eine systematische Personalentwicklung wird seit vielen Jahren von den Lehrerergewerkschaften im dbb berlin gefordert, ist aber bisher nicht erkennbar. So sind z. B. Bewerberlage und Auswahl bei der Besetzung von Funktionsstellen eher zufällig.

Unabhängig davon, dass die Inhalte und die Qualität der Fortbildungsangebote evaluiert werden müsste, empfinden die Lehrkräfte die vorgesehene Festschreibung von zwei weiteren Präsenztagen (zusammen drei Tage) am Ende der Sommerferien als eine zusätzliche Belastung. Auch die operative Umsetzung wirft viele offene Fragen auf. Eine auf Innovation ausgerichtete Fortbildung setzt ein entsprechendes Angebot von Referenten voraus. Aus heutiger Sicht ist weder ein entsprechendes Angebot an Referenten in der notwendigen Anzahl (alle Berliner Schulen) zu erkennen, noch stehen nach den bisherigen Informationen die notwendigen Mittel für eine entsprechende Fortbildung zur Verfügung. Nach den bisher bekannten Zumessungsrichtlinien ist eher eine Reduzierung der Mittel in der Aus-, Fort- und Weiterbildung festzustellen.

Forderungskatalog der Lehrerverbände

Die Lehrerverbände im dbb berlin stellen fest, dass die in der Pressekonferenz vorgestellten Punkte im Wesentlichen nur politische Lippenbekenntnisse ohne Substanz für die Berliner Schule sind.

Die Lehrerverbände im dbb berlin fordern daher:

- Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin,
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung,
- Möglichkeit des Abbaus der Arbeitszeitkonten ohne Altersbegrenzung,
- Beginn der Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr.

Kathrin Wiencek, Heidrun Quandt, Thorsten Oehlschläger, Jürgen Manderla, Margit Jopp; V. i. s. d. P.: Ferdinand Horbat, c/o phv, Dominicusstr. 3, 10823 Berlin; E-Mail: phvbb@t-online.de



NÄHE IST UNSERE STÄRKE

Die Ziele der Personalratsarbeit:

- + Finanzierung einer antizyklischen Einstellungsoffensive
- + Sicherung der Funktionsfähigkeit der Berliner Verwaltung
- + Einführung eines neuen Berliner Personalmanagements
- + Verbesserung des Ansehens des öffentlichen Dienstes

DESHALB BRINGEN WIR DIE DINGE AUF DEN PUNKT

Der dbb berlin hat ein neues Handbuch zum Berliner Laufbahnrecht im dbb verlag herausgegeben. Das neue Laufbahngesetz wird erläutert. Personalräte erhalten das Handbuch über ihre Mitgliedsgewerkschaften.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Die Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 17. Juli 2001 sieht die Gewährung von Leistungsprämien und Leistungszulagen an Beamtinnen und Beamte für herausragende Leistungen vor.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

von Detlef Dames, Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Berlin

Wieder einmal reagieren Bürger, Medien und Politiker in der Bandbreite von ehrlich verärgert bis scheinheilig entrüstet angesichts der Tatsache, dass sich ein in der Öffentlichkeit äußerst präsender Sportfunktionär wie Uli Hoeneß der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat.

Die Diskussion gestaltet sich auch deshalb so schwierig, weil Uli Hoeneß dem Fußballverein FC Bayern München als Präsident vorsteht. Ein Verein der Fans und Fußballinteressierte gleichermaßen polarisiert. Entweder man hegt Sympathien für den Verein und deren Repräsentanten oder man empfindet Antipathien für sie. Daneben gefiel sich Uli Hoeneß in der Vergangenheit als Moralapostel gegenüber Steuerflüchtigen, gegenüber Politikern oder Sportfunktionären wie z. B. dem FIFA-Präsidenten Sepp Blatter.

Die einen sind traurig, dass er in dieser Rolle künftig „verbrannt“ sein wird, andere genießen voller Håme, dass er selber eine Charakterseite offenbart hat, die er bei anderen sehr gerne angeprangert hat.

Klar ist jedoch, Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Dieses Bewusstsein ist nicht weit verbreitet und das Ausmaß der Entrüstung ist auch oftmals abhängig nicht nur von der Höhe des hinterzogenen Betrages, sondern auch von der Prominenz des Täters. Je höher der Betrag und je prominenter die Person desto höher ist der Sturm der Entrüstung.

Viel Scheinheiligkeit

Scheinheilig aber sind die Steuerbürger, die bereits selbst in ihrer Steuererklärung wissentlich unwahre Angaben über Einnahmen und Ausgaben getätigt haben und ihr Gewissen damit beruhigen, dass dieses ja „jeder“ so machen würde.

Scheinheilig sind alle Politiker, die sich in der derzeitigen öffentlichen Diskussion nicht von Sachlichkeit, sondern von wahltaktischen Erwågungen leiten lassen.

Vor allem aber scheinheilig sind die Politiker, die jetzt eine Verschärfung der Bestrafung für Steuerhinterziehung fordern, indem sie für den Wegfall der strafbefreienden Selbstanzeige plädieren oder zumindest die strafbefreiende Wirkung nur noch bei Hinterziehung kleinerer Steuerbetråge befürworten. Das sind im Übrigen die gleichen Politiker, die in der Vergangenheit

mit ihren Entscheidungen Steuerhinterziehung begünstigt oder gar Beihilfe geleistet haben. Wer mit seinen Entscheidungen zum Personalabbau in den Finanzämtern die zentrale Ermittlungsbehörde im Kampf gegen die Steuerhinterziehung schwächt, begünstigt Steuerhinterziehung.

Und wer weiterhin das Bankgeheimnis als heilige Kuh ansieht, die nicht geschlachtet werden darf, um potentielle Steuerhinterzieher der Kontrolle durch die Finanzämter zu entziehen, der leistet gar Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

Steuergerechtigkeit wahren!

In diesem Kontext ist auch das zum Glück gescheiterte deutsch-schweizerische Steuerabkommen zu sehen. Das Interesse aller Politiker muss darin bestehen, dass die Steuergerechtigkeit gewahrt bleiben muss. Steuer-ehrliche Bürger – wie z. B. die Arbeitnehmer, deren Steuern bereits vom Lohn einbehalten werden – dürfen nicht den Eindruck haben, die Dummen zu sein.

An der Wirkung einer Selbstanzeige herumzudoktern ist der falsche Weg. Der Sinn der Selbstanzeige besteht darin, nicht nur dem straffällig gewordenen Steuerbürger die Möglichkeit zu eröffnen, sich steuerehrlich zu machen und einer Haftstrafe zu entgehen, sondern auch dem Staat im Nachhinein den vollen Zugriff auf die hinterzogenen Steuern nebst Zinsen und Strafbeiträgen zu ermöglichen. Im Übrigen ist in den meisten Fällen die Triebfeder für die Selbstanzeige nicht die Reue, sondern die Angst vor der Aufdeckung der Tat. Anmeldungen von Betriebsprüfungen oder der Ankauf von Steuer-CDs lassen – so die Erfahrung in den Finanzämtern – die Zahl der Selbstanzeigen in die Höhe schnellen.

Den Politikern sollte vielmehr daran gelegen sein, das Entdeckungsrisiko für die Steuerhinterzieher weiter zu erhöhen. Ein Mittel ist der Ankauf von Steuer-CDs, ein anderes ist es, die Finanzämter als zentrale Ermittlungsbehörde personell so zu verstärken, dass sie ihrer Aufgabe zur Ermittlung von Steuerstraftaten genauso gerecht werden wie ihrer präventiven Wirkung.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird nicht nachlassen, gegenüber der Politik immer wieder den Finger in die Wunden zu legen und alle Maßnahmen einzufordern, die für die Einhaltung der Steuergerechtigkeit notwendig sind. Mehr Personal für die Finanzämter genießt dabei die oberste Priorität.

Erster Antrittsbesuch des neuen Landesvorsitzenden

CDU übergibt Personalkonzept

Im Rahmen seines Antrittsbesuch beim Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion Berlin, Florian Graf, wurde dem neu gewählten Landesvorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, das am 14. Mai 2013 verabschiedete Personalkonzept 2020 der CDU-Fraktion überreicht.

Dieses Papier wurde bereits den Mitgliedern des Landesvorstandes des dbb berlin zur Auswertung übersandt. Sobald die Stellungnahmen der Fachgewerkschaften und Verbände des dbb berlin vorliegen, ist ein Gespräch mit der CDU-Fraktion beabsichtigt.





Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de, kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra-Opitz-Hannen, ☎ 02102.74023-715. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 10, gültig ab 1.10.2012. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. Fotos: dbb berlin.

dbb berlin bei den Landesparteitagen von SPD und CDU Berlin

Frank Becker hat den dbb berlin in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender des dbb berlin beim Landesparteitag der SPD vertreten. Im Rahmen dieses Parteitages wurden die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Bundestagswahl von den Delegierten gewählt. Hauptredner an diesem Tag war Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Der Landesvorsitzende der SPD Berlin, Dr. Jan Stöß, ging in seiner Rede u. a. auf das zu erwartende Wachstum Berlins ein. In diesem Zusammenhang traf er die Aussage, dass hierbei die Verwaltung mitwachsen muss. Am Rande des Landesparteitages machte Frank Becker dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Rahed Saleh, deutlich, dass er – nachdem die CDU-Fraktion einen Vorschlag für die Anpassung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten vorgelegt hat – nunmehr auch eine entsprechende Vorlage der SPD-Fraktion erwartet, damit schnell in eine sachgerechte Diskussion eingetreten werden kann.

Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel (CDU) führte in seiner Rede auf dem Landesparteitag der CDU am 1. Juni 2013 u. a. aus, dass er daran festhalte, sich für die Besoldungsanpassung der Beamtinnen und Beamten einzusetzen. Dies auch vor dem Hintergrund der neuesten Zahlen aus dem Zensus. Frank Becker begrüßte diese Aussage und wird dieses Thema auch als Zentralthema im ersten Gespräch



> Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin und Cornelia Stemmler, stellv. Landesvorsitzende der gkl berlin.

mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, dass am 1. Juli 2013 stattfinden wird, behandeln.

Die gkl berlin war auf beiden Landesparteitagen mit einem Info-Stand vertreten, um die Delegierten beider Parteien über ihre Arbeit zu informieren. Cornelia Stemmler war zu beiden Parteitagen als Ehrengast eingeladen, bei der SPD noch in ihrer Funktion als stellvertretende Landesvorsitzende bei der CDU bereits als Landesvorsitzende. Sie wurde im Rahmen des Landesvorstandes der gkl berlin am 29. Juni einstimmig zur Landesvorsitzenden der gkl berlin gewählt.

Sabine Schumann (DPoIG), Marion Kittelmann (VBE), Thomas Goiny (BSBD) und Jürgen Manderla (KEG) vertraten ihre dbb Gewerkschaften als weitere Ehrengäste auf dem Landesparteitag der CDU.



> Bürgermeister und Innensenator Frank Henkel im Gespräch mit Frank Becker.



> Thomas Heilmann, Senator für Justiz und Verbraucherschutz, und Frank Becker verabreden ein Gespräch.